

Gemeinsame Presseerklärung des DHV, des BfHD, des Netzwerkes der Geburtshäuser und der Initiative Hebammen für Deutschland

Bundesregierung will Hebammen helfen

Es gibt Hoffnung für die Hebammen: Beim heutigen Treffen im Bundeskanzleramt, das im Anschluss an den Bürgerdialog durch Bundeskanzlerin Angela Merkel initiiert wurde, machten Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr und Familienministerin Kristina Schröder den Hebammenverbänden konkrete Zusagen. Ein ministeriumsübergreifender Arbeitskreis soll eingerichtet werden, um Lösungen für die desolante wirtschaftliche Situation der Hebammen zu erarbeiten. Er soll noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla übergab die organisatorische Verantwortung an das vordringlich betroffene Gesundheitsministerium, versprach jedoch, dieses bei seiner Arbeit zu unterstützen und die Umsetzung der Lösungsvorschläge politisch unterstützen wird.

Nitya Runte, Vorsitzende der Initiative Hebammen für Deutschland: „Ich habe nach dem heutigen Gespräch die große Hoffnung, dass ein Durchbruch erzielt wurde und wir Hebammen zusammen mit der Politik zu tragfähigen Lösungen kommen werden.“ Katharina Jeschke vom Deutschen Hebammenverband pflichtet ihr bei: „Wir sind heute einen Riesenschritt weiter gekommen. Die Politiker scheinen begriffen zu haben, dass die Lösung der Probleme des Hebammenberufes, von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist.“

Als erstes wird sich der Arbeitskreis mit dem vordringlichen Thema „Berufshaftpflicht“ beschäftigen und hier eine nachhaltige Lösung erarbeiten. Weitere Arbeitsschwerpunkte sollen Fragen der Vergütung und der Ausbildung sein. Der Arbeitskreis wird sich aber auch mit übergreifenden Themen wie z.B. der Versorgung der Bevölkerung mit Hebammenhilfe und der Stärkung der Elternkompetenz beschäftigen.

Dem geplanten Arbeitskreis sollen neben der Hebammenseite Vertreter der Ministerien Gesundheit, Familie, Justiz, Wirtschaft und Finanzen angehören sowie das Bundeskanzleramt. Der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft wird ebenfalls zu einigen Sitzungen eingeladen.